

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 18/2023 vom 04.05.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Hexenjagd auf Wissenschaftler wegen der Worte von Prof. Engelking. „Der dritte Motor der PiS-Kampagne“*
- *Polen kann stolz auf Professor Engelking sein. Ich weiß, wie schwer es ist, zu akzeptieren, dass der eigene Vater ein Mörder war*
- *Prof. Zoll: Wahlen können illegal sein. Sejm muss schnell Änderungen einführen*
- *Ziobro verfolgt Tusk wegen der Schädigung der Interessen des Kremls*
- *PiS erschafft „die größte Armee Europas“*
- *Der Vorsitzende der PiS, Jaroslaw Kaczynski, will das System ändern. Wird es Erste Polnische Undemokratie geben?*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Hexenjagd auf Wissenschaftler wegen der Worte von Prof. Engelking. „Der dritte Motor der PiS-Kampagne“



Quelle: [wikipedia.org](https://www.wikipedia.org)

Die PiS testet, ob das Narrativ der Verteidigung edler Polen, die während des Krieges nichts anderes getan haben, als Juden zu retten, die dritte treibende Kraft des Wahlkampfes sein kann, sagt der Holocaust-Forscher Prof. Jacek Leociak der „Wyborcza“.

„Meiner Meinung nach ist dies bereits der Fall. Der erste Motor ist die Verteidigung von Johannes Paul II., der zweite ist die Erzählung von der ‚Ermordung von Präsident Kaczynski‘ [dies bezieht sich auf den Absturz des Präsidentenflugzeugs bei Smolensk im Jahr 2010, bei dem 96 Menschen starben]. Der dritte Motor ist die aktuelle Operation gegen unabhängige Wissenschaftler. Sie läuft schon seit einiger Zeit und wird immer intensiver, wobei die Politiker der Regierung und ihre Medien dabei mitmachen. Die PiS weiß, dass diese Art von Aktionen auf fruchtbaren Boden fallen kann“, erklärt Prof. Leociak.

Er fügt hinzu, dass dies mit der Situation im Jahr 1968 verglichen werden kann, als es den Kommunisten gelang, einen großen Teil der Gesellschaft auf ihre Abneigung gegen Juden einzuschwören. „Damals wurden die Juden in ‚gut und böse‘ eingeteilt, die Presse war voll von Stimmen, wie undankbar die Juden dafür seien, dass die Polen sie gerettet hätten“, erinnert sich der Forscher.

Prof. Leociak ist einer der Mitverfasser des Schreibens von Forschern des Holocaust-Forschungszentrums des Instituts für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften. „Mit großer Sorge beobachten wir die Situation, wenn Regierungsvertreter und andere Beamte Aussagen über

wissenschaftliche Erkenntnisse machen, die das Ergebnis jahrelanger Forschung und Analyse sind“, schreiben sie.

Es war dieses Institut, dem der Minister für Bildung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek, am Montag gedroht hat. „Ich habe nicht die Absicht, die Personalpolitik des Instituts für Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften zu beeinflussen. Andererseits werde ich finanzielle Entscheidungen überprüfen, denn ich werde nicht in größerem Umfang ein Institut finanzieren, das Leute unterhält, die Polen beleidigen“, erklärte Czarnek auf TVP Info.

Der Minister bezog sich auf die Worte von Professor Barbara Engelking vom Zentrum für Holocaustforschung. Zum 80. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto sagte die Wissenschaftlerin gegenüber TVN: „Die Polen hatten das Potenzial, Verbündete der Juden zu werden, und man hätte gehofft, dass sie sich anders verhalten hätten, dass sie neutral gewesen wären, dass sie mitfühlend gewesen wären, dass sie die Situation nicht so ausgenutzt hätten und dass es nicht so eine weit verbreitete Erpressung gegeben hätte.“

Diese sachlich korrekte Meinung einer Holocaust-Forscherin hat die Machthaber erzürnt. Maciej Świrski, Vorsitzender des Nationalen Rundfunkrats, leitete in diesem Fall ein Verfahren gegen TVN ein (das mit einer Geldstrafe oder sogar mit dem Entzug der Lizenz enden kann), weil die Sendung „antipolnische Inhalte enthielt, die Geschichte verfälschte und den Polen die Schuld an der Vernichtung der Juden im Ghetto zuschrieb“. Und die Interviewerin Monika Olejnik habe „nicht auf die einseitigen und verleumderischen Äußerungen von Prof. B. Engelking gegen Polen reagiert“.

Der Europaabgeordnete der PiS, Dominik Tarczyński, hat bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen Engelking wegen „öffentlicher Beleidigung der polnischen Nation“ erstattet. „Genug davon! Genug davon, dass wir seit Jahrzehnten bespuckt und als ganze Nation beleidigt werden. Polen ist die Nummer eins, wenn es um die Anzahl der Menschen geht, die von Yad Vashem als Judenhelfer, als Gerechte unter den Völkern, anerkannt wurden“, sagte Tarczyński. Der Abgeordnete fügte hinzu: „Engelking geht zu TVN und bespuckt Menschen wie meinen Großvater, wie Millionen von Polen, daher sollte die Staatsanwaltschaft untersuchen und beurteilen, ob sie die polnische Nation beleidigt hat“. Tarczyński stellt sich selbst als den Enkel eines „verfemten Soldaten“ dar, der von den kommunistischen Behörden verfolgt wurde. Wie aus den Medien hervorgeht, zeigen Dokumente, die im Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) aufbewahrt werden, dass sein Großvater - obwohl er eigentlich im Untergrund aktiv war (NZS, AK) - Juden an die Deutschen auslieferte und sich an jüdischem Eigentum bereicherte.

Premierminister Mateusz Morawiecki äußerte sich ebenfalls zu Engelkings Rede. Er bezeichnete ihre Worte als „skandalöse Meinungen, keine Fakten“ und als „antipolnisches Narrativ“.

Die „Verteidigung der edlen Polen“ eint die gesamte Regierungskoalition. „Wie sollen wir uns als Nation verteidigen, wenn ein polnischsprachiges Fernsehen Informationen präsentiert, die historisch unwahr sind“, argumentierte der stellvertretende Umweltminister Jacek Ozdoba von Zbigniew Ziobros Solidarna Polska (Solidarität Polen) während einer Pressekonferenz im Sejm.

Unabhängige Holocaust-Forscher, die - aus Sicht der Geschichtspolitik der PiS - unbequeme Fakten aufzeigen, sind für die aktuelle Regierung „Feinde Polens“. So beschrieb das 2018 Bronisław Wildstein, ein dem Regierungslager nahestehender Publizist.

Nach der Veröffentlichung des Buches „Dalej jest noc“ von Prof. Engelking und Prof. Jan Grabowski (über das Schicksal von Juden, die sich während des Krieges vor den Deutschen versteckten), forderte Wildstein die Entfernung der Forscher aus dem Holocaust-Forschungszentrum. Er schrieb an Premierminister Morawiecki: „Alle Kontakte mit israelischen Historikern werden vom Holocaust-Forschungszentrum monopolisiert. Die Hauptfiguren [des Zentrums] wie Grabowski und Engelking sind einfach Feinde Polens“. In einer weiteren E-Mail an den Regierungschef stellte Wildstein fest, dass „das Zentrum einen geradezu obsessiven Hass auf Polen an den Tag legt“. Und seine Akademiker gehören zu den „Vertretern der Pädagogik der Schande, die unsere Geschichte und damit unsere Identität diskreditieren wollen“.

Wissenschaftler verteidigen Prof. Engelking

In dem bereits erwähnten Schreiben, das nach Czarneks Drohungen verfasst wurde, erinnert uns eine Gruppe von Wissenschaftlern des Zentrums für Holocaust-Forschung daran, dass „in den überlieferten Tagebüchern, Berichten und Memoiren das gesamte Spektrum dessen zu finden ist, womit Juden konfrontiert waren, als sie versuchten, im besetzten Warschau versteckt zu überleben. Es gibt sowohl Angst als auch Hoffnung, ein Gefühl der Einsamkeit und die Bildung von Unterstützungsgruppen, Passivität und Aktivität. Es ist auch die Rede von Ressentiments, fehlender Hilfe, Erpressung, Verrat, Tod durch die Deutschen - aber auch von Hilfe, Freundschaft und Rettung durch andere Juden und Polen.“

Und sie betonen: „Genau über all diese Aspekte des jüdischen Schicksals während des Zweiten Weltkriegs, die von Holocaust-Wissenschaftlern seit Jahren analysiert werden, hat Prof. Engelking in dem Interview gesprochen. Demgegenüber wurde Prof. Engelking in öffentlichen Äußerungen von Regierungsvertretern - darunter Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Minister Przemysław Czarnek - angegriffen, weil sie ‚unberechtigte Meinungen‘ und ‚pseudohistorische Aussagen‘ präsentiere, die nicht durch Fakten belegt seien. Nach diesen Äußerungen wurde Prof. Engelking auch von den regierungsnahen Medien, einschließlich der öffentlichen Medien, angegriffen, wo sie als ‚Polenhasserin‘ und das Interview als ‚Verrat an Polen‘ bezeichnet wurde.“

Die Verfasser der Erklärung „verurteilen die politischen und ideologischen Versuche, wissenschaftliche Erkenntnisse infrage zu stellen. Die Behauptung, die Rettung von Juden sei eine übliche Haltung der Polen gewesen, ist gerade eine Verschleierung der Wahrheit durch Vertreter der Behörden; eine Meinung und keine Tatsache, die dem historischen Wissen entspricht. Es ist außerdem eine Minderung des Heldentums der Gerechten, die den Juden geholfen haben - insbesondere derjenigen, die dabei ihr Leben durch die Deutschen verloren haben. Wir möchten auch daran erinnern, dass die Politisierung der Geschichte und damit die Versuche, sie zu verfälschen, verbunden mit dem Schüren von Hass, genau die Gefahren sind, vor denen Marian Turcki in seiner Rede anlässlich der Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto zu Recht gewarnt hat.“ Der Holocaust-Überlebende, der Publizist der Wochenzeitschrift Polityka, hatte an diesem Tag gesagt: „Leute, seid wachsam! Hass ist der einfachste Weg, um Anhänger zu gewinnen. Aber führt das nicht ins Verderben - mich, dich, euch, unsere Kinder und Enkelkinder?“

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,29698124,nagonka-na-naukowcow-za-slowa-prof-engelking-trzeci-motor.html>



www.mleczko.pl

**RADIKALE ÄNDERUNG DES LEBENSSTILS ERFORDERLICH.
NATURPROGRAMME, JA.
NACHRICHTENSENDUNGEN, NEIN.**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Polen kann stolz auf Professor Engelking sein. Ich weiß, wie schwer es ist, zu akzeptieren, dass der eigene Vater ein Mörder war



Prof. Barbara Engelkin

Quelle: wyborcza.pl

Von **Martin Pollack** (Österreichischer Schriftsteller, Journalist und Übersetzer)

Menschen wie Feliks Tych, Jan Tomasz Gross, Jan Grabowski und Barbara Engelking geben mir den Mut, einen ähnlichen Weg zu gehen, ungeachtet der Gefahr, dass unsere Landsleute oder sogar unsere Familie uns als Verräter bezeichnen.

Ich beschäftige mich seit vielen Jahren mit Polen, Polen ist ein Land, das ich lieben gelernt habe, und ich betrachte es fast als meine zweite Heimat. Umso mehr schmerzt mich seine offizielle Politik unter der PiS. Die Richtung, die sie einschlägt, ist eine kontrollierte liberale Demokratie, die immer mehr Züge des Autoritarismus annimmt. Ich weiß, dass ich – ein Nicht-Pole – mich mit diesen Worten auf brüchigem Eis bewege. Bitte verzeihen Sie mir das.

Wenn ich es dennoch wage, diesen Brief zu schreiben, dann aus Sorge um Menschen, vor denen ich Respekt habe und deren Arbeit ich aufrichtig bewundere.

Ich spreche hier von Historikern und Autoren, die sich seit Jahren mit den komplizierten und äußerst schmerzhaften polnisch-jüdischen Beziehungen der letzten Zeit befassen und auf diesem Gebiet Herausragendes geleistet haben. Wie Jan Tomasz Gross, Jan Grabowski, Barbara Engelking, Anna Bikont, Dariusz Libionka, Jacek Leociak oder der kürzlich verstorbene Feliks Tych, um nur einige aus der langen

Liste zu nennen. Sie alle haben trotz heftiger Einwände, Schikanen und Drohungen einen großen Beitrag zur Suche nach der historischen Wahrheit geleistet. Ja - auch Drohungen - von Seiten der Regierung.

Ein bedrückendes Beispiel ist die jüngste Äußerung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, in der er die Wissenschaftlerin Barbara Engelking diffamiert. Sie hat in einem Interview mit Monika Olejnik die von offizieller Seite vertretene und durch alle Fakten widerlegte These ins Reich der Legenden verwiesen, dass die Polen während des Holocausts die meisten Juden gerettet haben und dass Verrat, Denunziation, schamlose Ausbeutung und sogar Tötung nur Einzelfälle waren. Morawiecki sagt zu dieser Aussage, dies seien „skandalöse Worte, die nichts mit zuverlässigem historischem Wissen zu tun haben“, und präzisiert, dass von historischer Korrektheit nur dann die Rede sein könne, wenn sie „unserer kollektiven, gemeinschaftlichen Erwartung“ entspreche. Sagt dies ernsthaft der Ministerpräsident, der sich selbst als Historiker bezeichnet? Wenn ja, würde das bedeuten, dass die historische Forschung den nationalen Erwartungen entsprechen muss. Ich fürchte, dass Wladimir Putin und Viktor Orbán das ganz ähnlich formulieren würden. Der Regierungschef greift zu haltlosen Verleumdungen, zu falschen Darstellungen, um eine Wissenschaftlerin einzuschüchtern und zu diffamieren, die unseren größten Respekt und unsere Bewunderung, aber auch unsere Dankbarkeit verdient. Dies ist ein echter Skandal.

In der Zwischenzeit hat Polen allen Grund, auf Menschen wie Professor Engelking und andere Wissenschaftler, die an demselben Thema arbeiten, stolz zu sein, denn sie sind ein großes Beispiel an Mut für uns, nicht nur in Polen, sondern auch in der Welt.

Ich kenne kein anderes Land, in dem das dunkle Kapitel des Holocausts mit solcher Akribie und schonungsloser Ehrlichkeit aufgearbeitet wird. Sie alle haben unsere uneingeschränkte Solidarität verdient. Meiner Meinung nach gibt es keinerlei Rechtfertigung für die brutalen Angriffe von Regierungsvertretern auf Intellektuelle, nur weil sie der Wahrheit nachspüren. Natürlich mag es für viele Polen schmerzhaft sein, diese ungeschminkte Wahrheit zu akzeptieren. Das kann ich mir vorstellen. Wenn ich hier als vermeintlicher Außenseiter spreche (was für eine Frechheit!), dann nur, weil ich aus eigener Erfahrung weiß, wie schmerzhaft es sein kann, sich mit der dunklen Seite der Geschichte zu konfrontieren, vor allem, wenn es sich um Verbrechen handelt, die von unseren Verwandten begangen wurden, in meinem Fall von meinem Großvater und Vater. Mein Vater hat als Befehlshaber der Sonderkommando-Einsatzgruppe (ich nehme an, es ist den meisten klar, dass damit ein Todeskommando gemeint ist) an der Ermordung unschuldiger Menschen (Juden, Polen, Slowaken, aber auch Opfer anderer Nationen) teilgenommen und kraft seines Amtes und seiner Stellung solche Befehle gegeben.

Der Vater als Mörder. Es ist unglaublich schmerzhaft, diese Tatsache zu akzeptieren. Natürlich habe ich kein Recht, historische Vergleiche anzustellen. Die Taten der Nationalsozialisten, vor allem der Holocaust, können und dürfen nicht mit irgendetwas verglichen werden. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir, die Nachkommen, der Wahrheit ins Auge sehen müssen, so grausam sie auch sein mag. Nicht durch Beschönigung, nicht durch Vertuschung, nicht durch Leugnung oder gänzliche Widerlegung. Auch nicht, indem wir uns der Gefahr aussetzen, dass unsere Landsleute oder sogar unsere Familie uns als Verräter bezeichnen und uns vorwerfen, unser eigenes Nest zu beschmutzen. Damit müssen wir rechnen.

Menschen wie Feliks Tych, Jan Tomasz Gross, Jan Grabowski und Barbara Engelking, um nur einige Vertreter vieler anderer Forscher zu nennen, deren Arbeit mich seit Jahren begleitet, sind mir ein Vorbild und machen mir Mut, einen ähnlichen Weg zu gehen, wenn auch in bescheidenerem Rahmen. Dafür möchte ich ihnen an dieser Stelle danken.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/alehistoria/7,121681,29696386,polska-moze-byc-dumna-z-profesor-engelking-trudno-zaakceptowac.html#S.TD-K.C-B.5-L.1.duzy>

Prof. Zoll: Wahlen können illegal sein. Sejm muss schnell Änderungen einführen



Prof. Andrzej Zoll

Quelle: wyborcza.pl

Von **Dorota Wysocka-Schnepf**

TVP ist ein aus öffentlichen Mitteln finanzierter Parteifernsehsender. Es handelt sich um eine betrügerische Verwendung dieser Gelder durch die Regierungspartei. Die PiS sollte das Geld aus den Subventionen, aus ihrem Vermögen zurückgeben und die Zahlungen, die die Staatskasse an das Parteifernsehen geleistet hat, erstatten, sagt Prof. Andrzej Zoll.

Dorota Wysocka-Schnepf: Für dieses Gespräch habe ich Sie gebeten, etwas nicht sehr Angenehmes zu tun – einen von Onet veröffentlichten Brief zu lesen, den Jarosław Olechowski, bis vor kurzem Leiter der Fernseh-Nachrichten-Agentur (TAI), an die Verantwortlichen der PiS geschrieben hat, in dem er schreibt, dass die Umfragewerte der PiS zu einem großen Teil auf die effektive Arbeit von TVP zurückzuführen sind. Was halten Sie, menschlich gesehen, von diesem Loyalitätsbekenntnis eines Mannes, der sich als Journalist bezeichnet?

Prof. Andrzej Zoll, ehemaliger Präsident des Verfassungstribunals und Vorsitzender des Staatlichen Wahlkommission (PKW): Das ist ein Journalist, der im Dienste einer bestimmten Partei steht. Und das ist der Beweis dafür, dass nicht nur dieser Journalist im Dienste der Partei steht, sondern auch das gesamte öffentlich-rechtliche Fernsehen. Es ist weder öffentliches noch staatliches Fernsehen – es ist Parteifernsehen, ausschließlich Parteifernsehen.

Und das wirft sehr ernste Einwände auf. Ich spreche nicht nur über die Frage der Wahlen und der Fairness der Wahlen, sondern auch über das Funktionieren eines sehr wichtigen Mediums für die Bürger, das öffentlich finanziert wird. Und es wird sehr stark finanziert – kürzlich 3 Milliarden Zloty für dieses Jahr. Das ist Geld, das von der Partei eingenommen und in ihr Fernsehen eingezahlt wurde. In Anbetracht dessen handelt es sich um eine Veruntreuung von Geldern, und zwar erheblichen Summen, durch die Regierungspartei.

Prof. Zoll: Die Finanzierung von TVP mit öffentlichen Geldern ist eine Veruntreuung von Geldern durch die PiS

Und dann ist da noch der rechtliche Aspekt dieses Briefes. Darauf wies Dominika Wielowieyska hin, die schrieb: „Die PiS nimmt seit Jahren Spenden von TVP in Form von kostenlosen Wahlwerbepots an, und die Annahme von Spenden von Unternehmen ist illegal, und wenn die Wahlkommission dies feststellt, kann sie die Parteisubvention kürzen“.

Das ist es, woran ich gedacht habe, und ich stimme Dominika Wielowieyska hier völlig zu. Das erfordert rechtliche Maßnahmen, und diese müssen aus den Zuschüssen bezahlt werden, die die Partei in einer nicht zu rechtfertigenden Weise aus der Staatskasse erhalten hat.

Und zwar nicht nur im Zusammenhang mit den diesjährigen Wahlen – es war missbräuchlich auch bei früheren Wahlen. Auch jetzt gibt es zwar noch keinen Wahlkampf, aber de facto schon einen Wahlkampf mit Steuergeldern.

Also sollte sich die Staatliche Wahlkommission damit befassen?

Sie sollte sich auf jeden Fall damit befassen, es ist die Pflicht der Staatlichen Wahlkommission, darauf aufmerksam zu machen. Und zu warnen, dass Gelder abgezogen werden. Denn es ist schon eine ungerechtfertigte Wahlkampffinanzierung mit öffentlichen Geldern.

Alleine die Überweisungen aus dem Staatshaushalt an TVP übersteigen deutlich die Zuschüsse, die PiS aus dem Staatshaushalt erhält. Eigentlich müsste die Partei alle Subventionen zurückgeben, die sie bisher erhalten hat?

Wenn wir das von der rechtlichen Seite aus betrachten, ist das für mich unstrittig. Und das ist es, was die Partei zurückgeben sollte. Natürlich gibt es die Frage der Subventionen, die sie zurückgeben sollte, um diese Zahlungen zu decken, die der Fiskus an das Parteifernsehen geleistet hat.

Aber die Partei sollte auch mit ihrem Vermögen zahlen. Dieses Vermögen ist wahrscheinlich nicht so klein und es wäre möglich zu prüfen, welches Vermögen der Partei gehört.

Der ehemalige Direktor Olechowski hat also mit seinem Loyalitätsbekenntnis gegenüber der Justizbehörde gleichzeitig harte Beweise geliefert, mit denen die PiS in Zukunft Parteigelder verlieren könnte?

Eindeutig ja. Denn aus der Aussage von Herrn Olechowski geht eindeutig hervor, dass er ein Mitarbeiter des Parteifernsehens war, nicht einmal des staatlichen Fernsehens, geschweige denn des öffentlich-rechtlichen Fernsehens.

Und glauben Sie, dass die jetzige Staatliche Wahlkommission die Augen öffnet und sich mit der Angelegenheit befassen wird?

Ich fürchte, das wird sie nicht. Und hier geht es nicht nur um dieses Thema. Die Staatliche Wahlkommission hat auch andere Probleme, die unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls vielleicht noch wichtiger sind. Denn wir haben derzeit eine Situation, in der die Wahlen ein Element der Illegalität enthalten. Wir müssen die Fairness der Wahlen von der Legalität der Wahlen auseinander halten.

Dieser Zustand, den wir jetzt mit der TVP haben, ist ein Hinweis auf die Unfairness der Wahlen. Auf die Vorbereitung der Mechanismen, die dazu führen, dass die Wahlkandidaten keine gleichen Bedingungen

haben. Dass diese Partei, die Vereinigte Rechte im Allgemeinen, im Vergleich zu anderen Wahlteilnehmern einen großen Überschuss an Stärke hat. Aber das ist eine Frage der Fairness der Wahlen.

Andererseits stellt sich hier auch die Frage nach der Legalität der Wahlen. Denn wir haben zwei Punkte in der Gesetzeslage, die anfechtbar sind und die unbedingt verbessert werden müssen, damit die Wahlen legal sind.

Ein Problem wurde vom Bürgerbeauftragten angesprochen, nämlich die Frage der im Ausland abgehaltenen Wahlen und der 24 Stunden, die für die Auszählung der Ergebnisse benötigt werden, da sonst die Stimmen ungültig sind oder die Wahl für ungültig erklärt wird. Es muss gesagt werden, dass dies eine ungeheuerliche Lösung ist.

Da ein Bürger sein Wahlrecht nicht in dem Moment ausübt, in dem er seine Stimme in die Wahlurne wirft, nimmt nur seine rechtmäßig in die Wahlurne geworfene Stimme an der Wahl teil. Das heißt, sie muss von den Wahlausschüssen gezählt werden, um in die Berechnung des Wahlergebnisses eingehen zu können.

Die Teilnahme der Auslandspolen an den Wahlen 2023

Und im Falle so großer Städte und zahlreicher Konzentrationen von Polen wie z. B. London ist zu erwarten, dass diese Stimmen keinesfalls innerhalb von 24 Stunden ausgezählt werden können.

Das ist aber klar. Dies gilt umso mehr, als die Briefwahl unmöglich gemacht worden ist. Schließlich handelt es sich um einen Teil der vollberechtigten Wähler, die genauso behandelt werden sollten, wie die anderen auch. Denn Wahlen sollen ja gleich sein – das ist ein wesentliches Merkmal demokratischer Wahlen.

Und hier haben wir eine Situation, in der eine Gruppe von Wahlberechtigten tatsächlich wie diejenigen behandelt werden kann, die nichts zu sagen haben. Das ist zweifelsohne ein Verstoß gegen die Grundsätze von Wahlen im Allgemeinen. Und hier ist eine Gesetzesänderung notwendig - und die muss auch stattfinden.

Und die Staatliche Wahlkommission soll deswegen schreien?

Sie muss schreien! Denn das ist nicht nur die Stimme des Ombudsmannes - es ist sehr gut, dass der Ombudsmann sich zu diesem Thema geäußert hat, der Wahlkommission geholfen hat. Der Ombudsmann hat getan, was die Wahlkommission hätte tun müssen. Aber die Wahlkommission ist dazu verpflichtet, weil sie eine Behörde ist, die sowohl die Rechtmäßigkeit als auch die Fairness der Wahlen überwachen soll.

Und hören Sie einen solchen Aufschrei von Seiten der Staatlichen Wahlkommission?

Ich höre ihn nicht, ich höre ihn nicht ... Dies sollte in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Und man muss die Sejmarschallin zwingen, dieses Thema so schnell wie möglich auf die Tagesordnung der Parlamentssitzungen zu setzen, damit es noch rechtzeitig vor den Wahlen kommt.

Und die zweite Sache, an die Sie gedacht haben, Herr Professor?

Der zweite Punkt ist das, was die lokalen Behörden anmerken, nämlich dass sich die Bevölkerungszahl in den verschiedenen Wahlkreisen verändert hat. Und deshalb muss die Anzahl der Sitze an die Anzahl der Menschen, die im Wahlkreis leben, angepasst werden. Und das muss auch getan werden. Denn ich wiederhole noch einmal: Wahlen sollen gleich sein, und das bedeutet, dass auch die Macht des Wählers gleich sein soll.

Es wird hier nie zu einer vollen Gleichheit kommen, das kann man nicht so präzise berechnen. Wenn aber festgestellt wird, dass sich die Zahl der Einwohner und der Wahlberechtigten in einem Bezirk gegenüber der letzten Wahl wesentlich verändert hat, muss die Zahl der Sitze der Zahl der Wahlberechtigten entsprechen.

Die Staatliche Wahlkommission rechnete vor, dass dies bereits 11 Sitze sind, die aus den Landkreisen in die Ballungsräume verlagert werden sollen. Und das wäre für die PiS nachteilig, weil zumindest einige dieser Sitze für sie verloren gehen würden.

Aber das Wahlgesetz entscheidet nicht, ob etwas für eine Partei wichtig ist, ich ignoriere schon, ob es die PiS ist oder eine andere Partei – alle Wahlteilnehmer sollen die gleiche Situation haben.

Und an dieser Gleichheit mangelt es hier – ohne auf das mögliche Ergebnis zugunsten oder zu Ungunsten des einen zu schauen – eindeutig. Indes geht es darum, dass die Zahl der Sitze der Zahl der Wahlberechtigten in einem bestimmten Gebiet entsprechen sollte.

Prof. Zoll: Wahlen können illegal sein. Sejmarschallin Witek muss schnell zwei Änderungsanträge einbringen

Und ein solcher Antrag der Staatlichen Wahlkommission liegt dem Sejm vor, nur entscheidet Marschallin Witek, ob sich der Sejm damit befassen wird. Und es ist Marschallin Witek, die prüft, ob es für die PiS von Vorteil ist oder nicht.

Ich beobachte die Arbeit der Sejmarschallin und muss sagen, dass ich entsetzt bin. Das liegt daran, dass die Frau Sejmarschallin und vielleicht auch ihr Vorgänger, also beide Marschälle, eindeutig auf einer Seite stehen.

Ich denke übrigens, dass die Regeln des Sejms hier in Zukunft geändert werden müssen. Eigentlich müsste der Sejmarschall schon bei seiner Wahl aus der Fraktion austreten. Er ist dann keine Person mehr, die auf der Seite der Fraktion stehen würde. Natürlich kann sie nach ihren Ansichten und vielleicht auch nach der Parteilinie abstimmen, aber sie darf sich nicht wie ein Mitglied einer parlamentarischen Fraktion verhalten.

Nach meinen Beobachtungen - und ich bin aktiv und beobachte das seit den Anfängen, seit '89 - muss ich sagen, dass der wahrscheinlich beste Sprecher bisher Mikołaj Kozakiewicz war. Er verhielt sich nicht wie ein Mitglied der PSL, sondern wie ein Sejmarschall, d. h. die Person, die die Arbeit des Sejms so leiten soll, dass die Regeln des demokratischen Handelns gewahrt werden.

Und aktuell? Die Sache mit der Wiederaufnahme der Abstimmung, weil die Regierungspartei sie verliert? Das war ein Skandal. Und eigentlich auch strafrechtlich zu verantworten. Es war definitiv ein Missbrauch des Gesetzes seitens der Sejmarschallin.

Und jetzt haben wir auch in diesen Wahlangelegenheiten ein Problem. Dies sind die grundlegenden rechtlichen Regelungen, die darüber entscheiden, ob wir die Regeln des Systems einhalten oder nicht. Dazu ist die Marschallin verpflichtet.

Wenn also der Sejm die Frage der 24 Stunden für die Auszählung der Stimmen nicht klärt und die Parlamentssitze nicht den richtigen Bezirken zuweist, können die Wahlen als illegal betrachtet werden?

Meiner Meinung nach kann man sie für illegal erklären. Denn beide verstoßen gegen den Gleichheitsgrundsatz – ein Grundprinzip demokratischer Wahlen. Was das Ausland betrifft, so kann es sich um mehrere hunderttausend Stimmen handeln. Das ist ein Grund, die Wahlen für ungültig zu erklären.

Abgesehen davon, dass der Antrag der Staatlichen Wahlkommission, diese 11 Sitze in die richtigen Bezirke zu verlegen, dem Sejm schon vor langer Zeit vorgelegt wurde und die Sejmarschallin ihn an ihren Gefrierschrank verwiesen hat. Es ist also so, als wäre er nicht da gewesen. Und noch einmal: Sollte die Staatliche Wahlkommission hier nicht aufschreien?

Es ist die Pflicht des Vorsitzenden der Staatlichen Wahlkommission sehr laut zu schreien.

Und Sie hören die Rufe auch nicht?

Nein, ich nehme es nicht wahr.

Lässt das den Schluss zu, dass die jetzige Staatliche Wahlkommission eine weitere fügsame Institution gegenüber der Regierung ist?

Ich möchte eine solche Bewertung nicht vornehmen, aber ich muss sagen, dass ich über die Veränderung der Funktionsweise der Staatlichen Wahlkommission in Bezug auf ihre Zusammensetzung sehr besorgt bin. Denn die Zusammensetzung der Richter von den drei höchsten Gerichten in Polen hat wirklich gute Ergebnisse gebracht.

[...]

Und sind Sie nicht besorgt, dass die Dinge jetzt anders sein könnten und dass die jetzige Staatliche Wahlkommission bei den nächsten Wahlen direkt mit der PiS sympathisiert?

Ich möchte optimistisch sein, dass diese Leute ehrlich genug sind, um zu wissen, wo ihr Platz ist.

Und wenn wir diesen Aufschrei bei den offensichtlichen Themen, die Sie ansprechen, nicht hören?

Nun, dann müssen Sie dem Vorsitzenden einen Tritt geben, damit er es vielleicht doch noch hört.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,82983,29705607,prof-zoll-wybory-moga-byc-nielegalne-sejm-musi-szybko.html>

Ziobro verfolgt Tusk wegen der Schädigung der Interessen des Kremls



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Jacek Żakowski**

Warum leitet die Staatsanwaltschaft auf Antrag von Falenta, der aufgrund seiner Zusammenarbeit mit dem Kreml völlig diskreditiert ist, ostentativ Ermittlungen gegen Tusk ein?

Dass Zbigniew Ziobro eine Art Deal mit der *Konfederacja* anstrebt, ist schon seit Langem klar. *Solidarna Polska* und die *Konfederacja* teilen die Abneigung gegen die Europäische Union und die Abneigung gegen den Westen. Der Stolperstein schien die Haltung zum Sozialismus zu sein, denn die *Konfederacja* ist eine libertäre Partei, während *Solidarna Polska*, wie der Name schon sagt, pro-sozial sein soll. Aber jetzt, da die SP ihren Namen ändert (von pro-sozial zu anti-EU), werden die wirtschaftlichen Unterschiede an Bedeutung verlieren. Aber auch die Geopolitik schien die Anhänger von Ziobro vom Milieu von Braun und Korwin (und deren jüngeren Varianten: Bosak und Mentzen) zu unterscheiden. Denn die Väter der *Konfederacja* sind offen pro-russisch, pro-Kreml und sogar pro-Putin, während die Ziobristen Amerika zu bevorzugen scheinen - insbesondere Trumps Amerika.

Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, Donald Tusk strafrechtlich zu verfolgen, weil er versucht hat, die Abhängigkeit Polens von russischer Kohle zu verringern, als er noch Premierminister war, ist ein Wendepunkt. Zumal sie offen und unverblümt auf Antrag von Marek Falenta getroffen wurde, der wegen der Kellner-Abhöraffaire verurteilt wurde, und in der es reichlich dokumentierte Hinweise auf den Kreml gibt. Man kann also mit Fug und Recht behaupten, dass Ziobros Staatsanwaltschaft ganz offen für die Interessen des Kremls und Putins Strategie der Vasallisierung Polens durch russische Kohlenwasserstoffe

eintritt. Tusk hat sich als Regierungschef der PO-PSL dieser Vasallisierung mutig in den Weg gestellt und soll dafür nun von Ziobro ostentativ belangt werden.

Bei dieser Untersuchung geht es nur auf den ersten Blick um Donald Tusk. Wenn Ziobro tatsächlich Tusk erwischen oder strafrechtlich verfolgen wollte, wäre der Grund ein anderer. Während seiner eineinhalb Amtszeit hat der Ministerpräsident sicherlich zahlreiche Entscheidungen getroffen, die die Staatsanwaltschaft unfreundlich und hartnäckig untersuchen könnte, indem sie Ermittlungen aus weniger kontroversen Gründen einleitet. In einer solchen Position ist dies unvermeidlich, auch wenn natürlich der Weg von der Ermittlung zur Anklage, geschweige denn zur Verurteilung, selbst in einem Rechtsstaat noch Lichtjahre entfernt ist, die die Staatsanwälte wohl kaum überwinden werden.

Welchen Sinn hat es also, dass Ziobro auf Ersuchen von Falenta, der aufgrund seiner Zusammenarbeit mit dem Kreml völlig diskreditiert ist, ostentativ Ermittlungen gegen Tusk einleitet? Was ist so wertvoll, dass Ziobro es für lohnenswert hält, zusammen mit einem Kreml-Mann die Anti-Putin-Bewegung von Premierminister Tusk zu einem Zeitpunkt an die große Glocke zu hängen, zu dem die PiS eine Kommission einsetzt, um denselben Tusk wegen angeblicher Beeinflussung durch Putin anzuklagen?

Ich sehe drei Möglichkeiten.

Ziobro weiß nicht, was er tut. Sein Hass auf Tusk hat sein Hirn und seinen Blick so vernebelt, dass er sich selbst in den Fuß schießt. Das scheint in diesem Fall unwahrscheinlich, denn die Einleitung einer Untersuchung ist eine bewusste Entscheidung, über die Ziobro lange nachgedacht hat.

Ziobro wollte (noch vor der Namensänderung) ankündigen, dass er mit dem Aufbau einer antiwestlichen (d.h. pro-russischen) Partei begonnen hat, und zwar zu einem Zeitpunkt, als der Getreideskandal, die Vorstellung von den Kosten, die mit der Aufnahme der Ukraine in die Union verbunden wären, und die Kriegsmüdigkeit die wachsende anti-ukrainische, d.h. pro-russische Stimmung förderten, die die Konföderation bisher genährt hatte.

Ziobro hat im Rahmen seines Krieges gegen die PiS Mariusz Kaminski und seinen Kollegen sowie den mit ihm verbundenen Agenten, die unter der PiS-Regierung Falenta leiteten und befördert wurden, eine Falle gestellt. Durch die Einleitung von Ermittlungen will Ziobro die Verbindungen der PiS zum Kreml aufdecken. Drei Fliegen mit einer Klappe sind natürlich auch möglich. Nur eines ist unmöglich: Tusks Popularität mit dieser Untersuchung zu beschädigen. Denn in Polen ist das Stoppen der russischen Infiltration - was Falenta und Ziobro Tusk vorwerfen - Gott sei Dank immer noch ein Titel für Ruhm und nicht für Schande.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,29703102,ziobro-sciga-tuska-za-szkodzenie-interesom-kremla.html>

PiS erschafft „die größte Armee Europas“



Quelle: wyborcza.pl

Im Herbst, während des Wahlkampfs, will die Regierung mit einer fast 200.000 Mann starken Armee prahlen, mit einem Ziel von 300.000 Soldaten. Ist das realistisch?

Die Pläne der PiS werden mit Solderhöhungen und einer „kreativen Buchführung“ bei der Truppenstärke verwirklicht.

250.000 „Operative“ und 50.000 in der Territorialverteidigung

„Wir sind sehr daran interessiert, dass wir in der nächsten Wahlperiode ein Mandat zum Regieren erhalten. Dann werden wir die Prozesse abschließen, die wir begonnen haben (...). Wir brauchen noch zwei Jahre, und dann wird die polnische Armee die stärkste Landarmee in Europa sein“, sagte Verteidigungsminister und stellvertretender Ministerpräsident Mariusz Błaszczak vor einigen Tagen in einem Interview mit dem Polnischen Radio.

Die Armee wird schließlich 300.000 Soldaten umfassen, von denen 250.000 operative Truppen und 50.000 für die territoriale Verteidigung sein werden. Diese Erklärung von vor einem Jahr wurde am Montag, dem Jahrestag der Verabschiedung des Gesetzes über die Verteidigung des Heimatlandes, vom Vorsitzenden der PiS Jarosław Kaczyński (der vor einem Jahr noch stellvertretender Ministerpräsident für Sicherheit war) bekräftigt. Kaczyński zufolge könnte der Krieg in der Ukraine eher mit „einer Art Kompromiss“ als mit einer endgültigen Lösung enden, und „deshalb muss unser Land über Kräfte verfügen, die bereit sind, einen Angriff abzuwehren“. Er fügte hinzu, dass der Aufbau einer starken Armee in der gegenwärtigen Situation eine überparteiliche, aber „landesweite, nationale“ Ansicht sei.

„Die PiS kümmert sich um die Sicherheit des Landes“

Die Aufstockung der polnischen Streitkräfte ist in der Tat eine Notwendigkeit, die sich aus der russischen Aggression gegen die Ukraine und den zunehmenden Spannungen in den internationalen Beziehungen ergibt. Sie ist aber auch ein wichtiges Wahlargument. Minister Błaszczak und seine Parteikollegen wollen ihre Gruppierung als eine präsentieren, die sich im Gegensatz zu ihren Vorgängern um die Sicherheit des Landes und die Streitkräfte kümmert und die größte Landarmee in Europa aufbaut.

Der Leiter des Verteidigungsministeriums selbst verkündete dies Ende März bei einem Vortrag an der Medienschule von Pater Tadeusz Rydzyk in Toruń: „Als die PiS im Jahr 2015 die Macht übernahm, zählte die polnische Armee 95.000 Soldaten. Heute, meine Damen und Herren, hat sie 167.000 Soldaten, natürlich einschließlich der Soldaten der territorialen Verteidigungskräfte, so dass wir sagen können, dass wir in Polen 167.000 Menschen unter Waffen haben.“

Nur, dass der Minister ständig nur die Größe der Einsatzkräfte aus der PO-PSL-Ära vergleicht (derzeit rund 112.000), ohne z.B. die damaligen Nationalen Reservekräfte (rund 12.000). Im Gegenzug bezieht er in seine Statistik nicht nur die Territorialverteidigung ein, sondern zum Beispiel auch Studenten von Militäruniversitäten oder der Akademischen Legion.

19.000 - meist erfahrene - Soldaten haben kürzlich die Armee verlassen. Dies ist die größte Welle seit 2015. Sie wurde hauptsächlich (aber nicht ausschließlich) durch Pensionslösungen verursacht, d. h. die Möglichkeit, die Armee nach nur 15 Jahren für Soldaten zu verlassen, die bis zum 31. Dezember 2012 zum Dienst verpflichtet wurden. (Das ist das Datum der Einführung der Rentenreform in der Armee durch die PO-PSL-Regierung). Die PiS hat die Reform nicht rückgängig gemacht; diejenigen, die die Uniform später anziehen, haben nach 25 Dienstjahren und dem Alter von 55 Jahren Anspruch auf eine Rente.

25.000 Plätze und Solderhöhungen

Um den begehrten 200.000 im Herbst näher zu kommen, hat das Verteidigungsministerium - neben dem Jonglieren mit Statistiken - 25.000 Plätze für Soldaten im freiwilligen Grundwehrdienst vorbereitet.

Die Rekrutierung von Soldaten für die operativen und territorialen Verteidigungskräfte soll erhöht werden. Ab 1. März werden die Grundbezüge der Soldaten um 400 PLN erhöht. „Dies sind weitere Erhöhungen in der polnischen Armee. Der Durchschnittssold in den polnischen Streitkräften einschließlich Zulagen beträgt derzeit 7976 PLN. Die Gewährleistung angemessener Dienstbedingungen ist eine Priorität für die Regierung“, schrieb Błaszczak auf Twitter. Vor einem Jahr, im April, erschien eine ähnliche Twitter-Nachricht. Damals schrieb der Leiter des Verteidigungsministeriums, dass „die Bezüge der Soldaten um durchschnittlich 676 PLN und die der Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums um 500 PLN steigen werden“.

4960 PLN für einen Gefreiten. Plus Zulagen

Der Leiter des Verteidigungsministeriums hat bereits im vergangenen Herbst in einem Interview mit Niezależna.pl eine starke Aufstockung der Streitkräfte im Jahr 2023 angekündigt. Einer der Anreize soll die Besoldung der Soldaten sein, die für Gefreite und Unteroffiziere besonders attraktiv werden soll. Besondere Hoffnungen setzt das Verteidigungsministerium gerade auf die Formel des freiwilligen Berufsdienstes. Nach einer einjährigen Ausbildung entscheidet der Soldat, ob er eine Fachausbildung absolvieren und im Dienst bleiben möchte.

Nach dem Ministererlass vom 30. März 2023 beträgt die niedrigste Vergütung eines Gefreiten ohne Zulagen 4960 PLN (zum Vergleich: ein verbeamteter Lehrer verdient 4777 PLN) und die eines Obergefreiten, d. h. in der Regel eines Soldaten nach einjähriger Ausbildung, 5030 PLN.

Der Verdienst von Unteroffizieren beträgt z. B: 5560 PLN für einen Gefreiten, 6850 PLN für einen Fähnrich. Offiziere verdienen zwischen 6800 PLN (Leutnant) und 10.900 PLN (Oberst). Der ranghöchste Vier-Sterne-General oder Admiral verdient 18.150 PLN.

Dies ist natürlich nur der Grundsold. Die eigentliche Vergütung eines Militäroffiziers setzt sich aus verschiedenen Zulagen zusammen, z. B. für lange Dienstzeit (5 Prozent nach 15 Jahren, ein Prozent für

jedes weitere Jahr und maximal 15 Prozent nach 25 Dienstjahren), Sonderzulagen (erhalten z. B. Piloten, Taucher, Fallschirmjäger, Cybersicherheitsspezialisten), Dienstzulagen (für die ausgeübte Funktion), Leistungszulagen, Ausgleichszulagen (ein Soldat, der auf einen besonderen Posten entsendet wird). Darüber hinaus gibt es verschiedene Auszeichnungen, wie z. B. Jubiläumsauszeichnungen.

Erhöhungen auch für die Territorialverteidigung

Auch die Bezüge der Soldaten der Territorialverteidigung sind gestiegen. Für die so genannte Bereitschaft erhält ein Soldat des territorialen Militärdienstes 496 PLN pro Monat, und die Sätze für jeden Tag der Einberufung hängen vom Dienstgrad ab (z. B. erhält ein Gefreiter 130 PLN, ein Leutnant - 210 PLN, ein Oberst - 320 PLN; diese Beträge sind steuerfrei). Darüber hinaus gibt es Zulagen, z. B. für die Dauer der Dienstzeit.

Die Tageszeitung „Dziennik Gazeta Prawna“ berichtete auch über eine neue Verordnung, die das Verteidigungsministerium vorbereitet. Sie sieht u.a. eine höhere Kriegszulage vor. Das bedeutet, dass während der Mobilisierung (die mit der Einführung des Kriegsrechts verbunden ist) die Bezüge eines Gefreiten auf bis zu 8.100 PLN, eines Leutnants auf 10.700 PLN und eines Obersts auf 16.900 PLN steigen können. Ein Vier-Sterne-General würde 27.400 PLN erhalten.

Ist eine 300.000 Mann starke Armee realistisch?

„Im Moment gibt es dafür keine Anzeichen“, sagte General Miroslaw Rózański, Oberbefehlshaber der Streitkräfte 2015-16, kürzlich gegenüber Piotr Głuchowski für Duży Format: „Eine ‚große Armee‘ ist der Slogan von Jarosław Kaczyński. Es ist unrealistisch, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch, weil das Interesse der jungen Leute am Dienst nicht so groß ist. Man hat die Demografie vergessen, und deshalb haben die Streitkräfte die Registrierung von Männern bis zum Alter von sechzig Jahren eingeführt, damit der Staat im Falle eines Falles auch ältere Männer einberufen kann. Deshalb hat das Ministerium - um zu verschleiern, dass die Armee nicht wächst, wie es die Propaganda verkündet - den Begriff ‚Soldaten unter Waffen‘ eingeführt. Angeblich haben wir mehr als 160.000 von ihnen, im Vergleich zu 95.000 im Jahr 2015. Das ist einfach nur eine Aufblähung der Statistik, da es einen solchen Begriff in der offiziellen Militärsprache nicht gibt. Die Wahrheit ist, dass die Armee - zumindest zahlenmäßig - nicht wächst, wie das Verteidigungsministerium annimmt.“

„Im vergangenen Jahr bewarben sich 16.000 Menschen für den freiwilligen Wehrdienst, der den Personalmangel in den Einheiten beheben sollte. Viele von ihnen wurden nur mit Hauptschulabschluss aufgenommen, ohne körperliche Tests und mit minimalen medizinischen Anforderungen. Dafür wurden sie sofort unter besonderen Schutz gestellt. Höhere Kommandeure kamen in die Garnisonen, um zu sehen, ob es ihnen gut ging. Und trotz dieser Bemühungen schafften es 30 Prozent der Freiwilligen nicht einmal bis zum Eid am achtundzwanzigsten Tag ihres Dienstes. Dann gab es eine elfmonatige Spezialausbildung, für die sich nur 40 Prozent beworben haben. Dieses Projekt ist nicht aufgegangen“, urteilt Rózański.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75398,29694286,pis-tworzy-najwieksza-armie-europy.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Der Vorsitzende der PiS, Jaroslaw Kaczynski, will das System ändern. Wird es Erste Polnische Udemokratie geben?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Agnieszka Kublik**

Kaczyński's politisches System? Eine rechtswidrige, illiberale Udemokratie ohne freie Medien, aber mit neuen Eliten, die der PiS-Staat hervorgebracht hat

Jarosław Kaczyński tourt wieder durch Polen. In Janów Lubelski hielt er einen Vortrag über Polen nach 1989. „Das neue Regime nach 1989 habe schon bei seiner Gründung schwere Fehler gemacht. Der wichtigste Fehler war, sich auf eine liberale Ideologie zu berufen. Dies führte zum Sozialdarwinismus, und die Beziehungen zwischen den Menschen wurden auf einen Kampf reduziert. Es war eine Ideologie, die gemeinschaftsfeindlich war“, so Kaczynski. „Im Jahr 2015 haben wir begonnen, das System Polens zu verändern, das sozioökonomische System ebenso wie das politische System.“

Er beschuldigte die Liberalen der übermäßigen Privatisierung, der Arbeitslosigkeit, der niedrigen Löhne und der Duldung von Pathologien im Finanzwesen.

In der Dritten Republik bekleidete Jarosław Kaczyński die höchsten Ämter im Staat - Abgeordneter, Senator, Leiter des polnischen Präsidentialamtes, Premierminister, stellvertretender Premierminister. Lech Kaczyński, sein Zwillingsbruder, war Präsident der Republik Polen, Bürgermeister von Warschau, Justizminister und Generalstaatsanwalt, Präsident des Obersten Rechnungshofs und Leiter der Nationalen Sicherheitsbehörde.

Obwohl Kaczyński gerne sagt, dass „man nicht wegen des Geldes in die Politik geht“ oder dass „ich mich nicht um materielle Güter kümmere, wenn es anders wäre, würde ich den Beruf des Rechtsberaters anstelle der Politik wählen“, hat er einmal eingeworfen, dass „wenn wir rein moralische Annahmen machen würden, würden wir nie etwas haben“.

Und jetzt haben sie etwas. Kaczynski hat sein Vermögen in der Politik gemacht, und mit ihm eine Gruppe seiner engsten Freunde. Krzysztof Król, ein ehemaliger Aktivist der Partei *Konfederacja Polski Niepodległej*, sagte einmal, dass „es Jaroslaw Kaczynski war, der in den ersten Jahren der Dritten Republik mit Taschen voller Geld herauskam“. Nehmen wir zum Beispiel das Unternehmen *Srebrna* - es ist Teil des wirtschaftlichen Hintergrunds des Milieus und gehört zum Lech Kaczyński-Institut, einer Stiftung, in deren Vorstand Jarosław Kaczyński sitzt. Es wurde auf einem Grundstück gegründet, das in den 1990er Jahren dem Milieu von *Porozumienie Centrum* überlassen wurde (Kaczyński behauptet, er habe das Grundstück „den Kommunisten weggenommen“). Das Unternehmen verfügt über viel Geld und verdient es mit der Anmietung von zwei Bürogebäuden im Zentrum von Warschau.

Kaczyński greift die Dritte Republik an und attackiert damit sich und seinen Bruder. Er distanziert sich von der Dritten Republik (in der er und sein Bruder immerhin erfolgreich ihre Karrieren in der Partei- und Staatsfinanzierung gemacht haben), um alles zu rechtfertigen, was er nach 2015 ruiniert hat. Er hat für das Recht Polens gekämpft, keine Rechtsstaatlichkeit zu haben, d. h. das Recht, die Gewaltenteilung nicht zu respektieren, die Verfassung zu verletzen oder die Medien unter seinem Stiefel zu halten.

Jetzt spricht er ausdrücklich von einem Regimewechsel. Aber gegen was will er die Demokratie eintauschen?

Wie sieht dieses neue Kaczynski-Regime aus? Eine illegitime, illiberale Undemokratie ohne freie Medien, aber mit neuen, vom PiS-Staat geschaffenen Eliten. Das hat Jan Żaryn, Leiter des Roman-Dmowski- und Ignacy-Paderewski-Instituts für das Erbe des nationalen Denkens, soeben verkündet: „Eine Nation ohne Eliten kann wehrlos sein. Bauen wir echte Eliten auf, geben wir ihnen eine Chance zu existieren und beten wir, dass sie die Last tragen“.

Die Griechen haben es schon lange als Autokratie bezeichnet, die Art von System, in dem eine Person (oder eine kleine Gruppe) regiert, mit unbegrenzter Macht und unkontrolliert von niemandem.

18 470 710 (61,74 Prozent der Wahlberechtigten) haben bei den Parlamentswahlen 2019 ihre Stimme abgegeben. Kaczynskis Vereinigte Rechte wurde von 8 051 935 Personen (43,59 Prozent) unterstützt, was ihr 51,09 Prozent der Sitze einbrachte.

Die PiS hat keine Mehrheit hinter sich, weder bei diesen Wählern noch in der breiten Öffentlichkeit. Die Bestätigung, dass Kaczyński das politische System ändert, ohne die Verfassung zu ändern (mit anderen Worten, gegen die Verfassung, denn in Artikel 2 des Grundgesetzes heißt es: „Die Republik Polen ist ein demokratischer Rechtsstaat“), wird vielleicht schließlich Millionen von Menschen wachrütteln, die nicht für die PiS stimmen oder gar nicht zur Wahlurne gehen.

Denn schon bald wird es nicht mehr die Vierte Republik, sondern die Erste Polnische Undemokratie geben.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,29689358,bedzie-i-polska-niedemokracja.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: wp.pl

„...Wir haben eine Regierung, die den Menschen erlaubt, böse zu sein. Man kann mittelmäßig sein, ein Einfaltspinsel, man kann gemein sein, man kann stehlen, lügen, andere Menschen ausgrenzen, sie als Ideologie bezeichnen und sie zum Erfrierungstod verurteilen. Das alles wird geduldet, und Unterwürfigkeit und Speichelleckerei werden belohnt.“

Andrzej Saramonowicz - ein polnischer Regisseur, Schauspieler, Journalist und Szenarist.

Quelle:

https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=pfbid02CrQ3vM3ti1GCJ6fh9x2T1vcmQErHsH58rF4QVXChKCPZDj3SDhigoxVDnwWe9XNSI&id=100044442673576

netzpolitik.org

Polen hackt Bürgermeister mit Staatstrojaner

<https://netzpolitik.org/2023/pega-untersuchungsausschuss-polen-hackt-buergermeister-mit-staatstrojaner/>

zdf.de

Polen will stärkste Armee Europas

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/polen-wahlkampf-armee-aufruestung-100.html>

faz.net

Warum Polens Bauern in Aufruhr sind

<https://www.faz.net/aktuell/ukraine-konflikt/getreide-aus-der-ukraine-warum-polens-bauern-in-aufruhr-sind-18844676.html>

merkur.de

Polen will in zwei Jahren stärkste Armee Europas haben

<https://www.merkur.de/politik/polen-will-in-zwei-jahren-staerkste-armee-europas-haben-zr-92231033.html>

forumdialog.eu

Papst, Heiliger und Nationalheld – ein Scherbengericht

<https://forumdialog.eu/2023/04/20/papst-heiliger-und-nationalheld-ein-scherbengericht/>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik